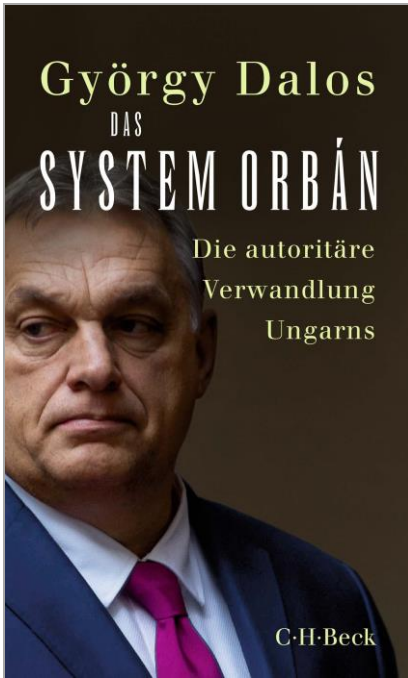


Unverkäufliche Leseprobe



György Dalos
Das System Orbán

Die autoritäre Verwandlung Ungarns

2022. Rund 224 S.
ISBN 978-3-406-78209-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/33201996>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

György Dalos

Das System Orbán

Die autoritäre
Verwandlung Ungarns

Deutsche Bearbeitung
von Elsbeth Zylla

C.H.Beck

Der Autor dankt der Literaturabteilung
des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst
und Sport (Wien) für die Förderung dieses Projekts.

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2022

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: Viktor Orbán, 2020;

Photo: Antonio Masiello/Getty Images

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 78209 1



klimaneutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Für Reinhard «Henne» Weißhuhn in Berlin

Inhalt

1	Einleitung	9
2	Das Zweidrittelparlament	19
3	Der Nationale Tabakladen	30
4	Kádár-Nostalgie	39
5	Recycling der Geschichte	50
6	Das Zeitungsterben	63
7	Links und rechts auf Ungarisch: Die Parteienlandschaft	70
8	Die Bewunderer	79
9	Die liberale Systemkritik	90
10	Jüdisches Leben	99
11	Der Untergang der «Meerjungfrau»	113
12	Der Türkische Rat: Viktor Orbáns «Ostpolitik»	122
13	Land im Lockdown	131
14	Sex, Lügen und Videos: Ein Sittenbild	143
15	Zwei Abrechnungen und eine Einladung: Varianten einer Hochschulpolitik	153
16	Schlachtengemälde aus dem Kulturkampf	164
17	Herrenallüren	173
18	Die große Kürzung der Haushaltsnebenkosten: Ein sozialpolitischer Coup	181
19	Fünf Tafeln am Dorfrand	190
20	Viktor Orbán – eine Vorgeschichte	200
	Anmerkungen	217
	Personenregister	219

Einleitung

Das Wort «System» (*rendszer*) und sein dem Französischen entliehenes Synonym «Regime» (*rezsim*) haben im Ungarischen einen unangenehmen Beiklang. In keiner längeren Herrschaftsausübung der neueren Geschichte wurde das staatliche Gebilde als «System» bezeichnet. Die 24-jährige Regentschaft des Reichsverwesers Miklós Horthy (1920–1944) verstand sich als «Königreich», sowohl in der Tradition der «nationalen Könige» des Mittelalters als auch des 1867 legitimierten ungarischen Teils des Habsburgerreichs. Rein formal galt damit der Staat als konstitutionelle Monarchie, allerdings ohne gekröntes Haupt und kodifiziertes Grundgesetz. Von den Kommunisten wurde Horthys Konstrukt im Rückblick pejorativ «System» oder «Regime» genannt und als «faschistisch» charakterisiert. Das knappe Vierteljahrhundert seiner Herrschaft ordnete man als «Zeitalter» (*korszak*) oder «Ära» (*éra*) ein. Eine feinere Betrachtung, die den verschiedenen Phasen des Zeitraums Rechnung trug, setzte sich erst in den 1970er und 1980er Jahren durch.

Nachdem die Kommunisten mit Unterstützung Moskaus, Wahlfälschung und Terror das Machtmonopol erlangt hatten, ließen sie sich eine ostmitteleuropäische Version des sowjetischen Modells einfallen. Dazu gehörte der tautologische Terminus «Volksdemokratie» (wörtlich «Volksmacht des Volkes») mitsamt einer neuen Konstitution. Anders als ihre Vorgänger aus der Zeit der kurzlebigen Räterepublik von 1919, in deren Verfassung die Staatsform offen als «proletarische Diktatur» bezeichnet worden war, verzichtete das kommunistische Grundgesetz von 1949 auf dieses hässliche

Wort und definierte die neue Macht als «Staat der Arbeiter und der werktätigen Bauern». 1972 versuchte man die darin enthaltene eklatante Verletzung des Prinzips der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit ein wenig zu modifizieren. Nunmehr verkörperte die Volksrepublik einen «sozialistischen Staat», in dem die «führende Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, die Macht im Bündnis mit dem in Kooperativen vereinten Bauerntum und gemeinsam mit der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten der Gesellschaft ausübt». Jedoch wurde hinzugefügt: «Die führende Kraft der Gesellschaft ist die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.» Theoretiker und Propagandisten gebrauchten indes den Begriff «System», entweder mit der Beifügung «sozialistisches» oder direkt im Gegensatz zum «kapitalistischen» System. Zu einer friedlichen Koexistenz der beiden «Weltsysteme» gehörte auch eine akzeptable Wortwahl.

Dennoch mied man das Substantiv «System», vor allem in der juristischen Sprache. Jede für die Partei bedrohlich erscheinende Aktivität, angefangen vom simplen Witzeerzählen («Hetze») über das Schreiben von Gedichten, die Verweigerung des Wehrdienstes bis hin zum militärischen Komplott, wurde im Strafgesetzbuch als potentieller Tatbestand des Verbrechens gegen die sozialistische «Staatsordnung» und deren «Grundeinrichtungen», darunter die Partei selbst, klassifiziert. Das suspekte Wort «System» blieb in den Anklageschriften ungenannt. Es roch nach Verachtung und wurde dem Volk als Abkürzungsformel für langweilige, ideologisch besetzte Auslegungen überlassen, von der die «vox populi» auch reichlich Gebrauch machte. Prügeleien in Kneipen begannen häufig mit der provokanten Frage: «Was willst DU denn? Gefällt dir etwa das System nicht?» Und einer der bekannten Witze lautete: «Mit welchem System ist der Sozialismus am schlechtesten vereinbar? – Mit dem Nervensystem.»

Nach dem Triumph der Partei Fidesz im Frühjahr 2010, den die Sieger zur «Revolution der Wahlkabinen» deklarierten, verkündete das Parlament mit den Stimmen der Regierungsparteien, trotz des

Protestes der Opposition, ein feierliches Manifest. «Die Nationalversammlung erklärt», heißt es darin, «dass im Ergebnis der Aprilwahlen ein neuer Gesellschaftsvertrag entstanden ist, mit dem sich die Ungarn für die Gründung eines neuen Systems, des Systems der Nationalen Zusammenarbeit, entscheiden. Die ungarische Nation verpflichtet mit dieser historischen Tat die zu begründende Nationalversammlung und die in Entstehung befindliche neue Regierung dazu, entschlossen, kompromisslos und unerschütterlich die Arbeit zu lenken, mit der Ungarn das System der Nationalen Zusammenarbeit aufbauen wird.» Ein Regierungserlass schrieb vor, den Text des Manifests in allen öffentlichen Gebäuden auszuhängen, eine Aufforderung, der nicht alle Institutionen nachkamen. Ohne mich auf eine eingehende Analyse des Schriftstücks und dessen Vorgeschichte einlassen zu wollen, möchte ich darauf hinweisen, dass der Begriff «System» von da an zu einem positiv konnotierten Bestandteil des Selbstverständnisses der Fidesz-Regierung und der Ära Orbán wurde.

Alle historischen Veränderungen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre hingen mit dem Kollaps der Sowjetunion zusammen, wurden jedoch in den einzelnen Ländern des ehemaligen «sozialistischen Lagers», später der «sozialistischen Gemeinschaft», unterschiedlich reflektiert. So wird der polnische Staat seit dem Amtsantritt der ersten frei gewählten nichtkommunistischen Regierung als «Dritte Republik» bezeichnet, in Anlehnung an die Erste Republik, die adelige «Rzeczpospolita» des späten 18. Jahrhunderts, sowie an die autoritär-parlamentarische Zweite Republik der Zwischenkriegszeit. Den beim Runden Tisch ablaufenden Verhandlungsprozess selbst beschrieb der Dissident Adam Michnik als «Änderung des politischen Systems». Während im Zusammenhang mit dem Niedergang der SED-Herrschaft im Westen vorwiegend das Wort «Wende» gebraucht wurde, bevorzugten die Protagonisten in der einstigen DDR den Begriff «friedliche Revolution». Die Novemberereignisse 1989 in der ČSSR erlangten weltweit Bekanntheit als «samtene Revolution». In Rumänien trugen

der Volksaufstand und der parallel verlaufende Staatsstreich, die zum Sturz der Diktatur von Nicolae Ceaușescu führten, den stolzen Namen «Revolution» ohne beschönigende Attribute – «friedlich» oder «samten» konnte man den blutigen Umsturz wohl auch kaum nennen.

Obwohl in Ungarn das Wort «Revolution» durch das heroische Pathos von 1848 und 1956 eindeutig positiv konnotiert war, etablierte sich in der Publizistik und im öffentlichen Diskurs der Ausdruck «Systemwechsel» (*rendszer váltás*) als Sammelbegriff für den Machtverlust der kommunistischen Partei, die Herausbildung parlamentarischer Strukturen, die Abschaffung der Zensur und die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit. Erst in der Diskussion der 1990er Jahre kam das Wort «Systemänderung» (*rendszer változás*) auf als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem angeblich zu langsamem Tempo der Reformen oder der vermeintlich schonungsvollen Behandlung der realsozialistischen Elite. Auf solche Einwände hin, die von rechtsnationalistischen Kritikern kamen, soll der Premier József Antall den zum geflügelten Wort gewordenen Satz geäußert haben: «Wäre den Herrschaften eine Revolution eher genehm gewesen?» Damals machte auch das Substantiv «Postkommunismus» Karriere, das einen Schwebezustand zwischen Vergangenheit und Gegenwart suggerierte, während die Adjektivform «postkommunistisch» negativ besetzt war und in scharfen Polemiken fast als Beschimpfung galt.

Indessen erlebte Ungarn das revolutionärste, weil alle bisherigen Verhältnisse umstülpende Moment seiner Transformation: die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in Gestalt der Privatisierung, analog zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Die Demokratie selbst folgte einem normal erscheinenden Rhythmus. Jede Wahlperiode zwischen 1990 und 2006 endete mit einer Rotation unter Beibehaltung der Kontinuität. Allerdings führten die steigenden Spannungen zu einer Aufspaltung der politisierenden Gesellschaft ins «linke» und «rechte» Lager. Die Hauptkraft der «Linken» war die Sozialistische Partei (MSZP), der «Rechten» die

Partei Fidesz («Bürgerbund»), beide in der Wählergunst etwa gleich stark. Kleinere, sowohl liberale, konservative als auch rechtsradikale Parteien standen unter Koalitionszwang oder gerieten an die Peripherie. Bei der zunehmenden Polarisierung verfügten die Verlierer, das heißt die Sozialliberalen, über eine relativ breite Basis vor allem in der Hauptstadt sowie eine stärkere Medienpräsenz, während der Fidesz in der ungarischen Provinz seine Anhänger-schaft vergrößern konnte. Noch mehr aber fiel eine Eigenart von Viktor Orbáns politischer Formation ins Gewicht: Sein Fidesz war die einzige Partei im Angebot ohne sichtbare innere Diskussionen, Fraktionsbildungen und personelle Wechsel. Gegner wurden von ihm als Feinde betrachtet und Partner als Mitläufer, deren Los nur das Abdriften in die Bedeutungslosigkeit sein konnte.

Machttechnisch operierte die Fidesz-Mannschaft mit der Spaltung sehr geschickt. Die nach dem Links-rechts-Schema erfolgende Teilung der Gesellschaft interpretierte sie als Verwandlung des Pluralismus in einen Dualismus oder, wie es Viktor Orbán nannte, als «duales Kraftfeld». Im Herbst 2006, nach der skandalösen «Lügenrede» des sozialliberalen Regierungschefs Ferenc Gyurcsány, in der dieser gestand, die Wahlen durch falsche Erfolgsberichte gewonnen zu haben, stiegen die Siegeschancen der rechten Opposition explosionsartig. Am Vorabend des Wahlkampfes 2010 beteiligte sich Orbán an dem traditionellen Picknick seiner Partei im südungarischen Dorf Kötöcsé. Dort präsentierte er vor etwa 500 Anwesenden, führenden Politikern, Geschäftsleuten und intellektuellen Sympathisanten, seine Sichtweise zur bevorstehenden Regierungsrolle des Fidesz. «Wenn wir also über eine Regierungszielsetzung und -verantwortung nachdenken, dann klingt die Frage folgendermaßen: Wollen wir politische Verhaltensweisen fortsetzen, die eine Wiederherstellung des dualen Systems in sich tragen? (...) Meiner Meinung nach lohnt es sich für die Rechte, die Frage zu stellen, in welchem politischen Kraftfeld sie die Interessen des Landes für die nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre als gesichert ansieht. Ich schlage vor, statt einer auf ständigen Kampf

ausgerichteten Politik eine zum ständigen Regieren ausgerichtete Politik zu wählen. (...) Wir versuchen ein Regierungssystem aufzubauen, das politische Fragen langfristig in ein großes zentrales Kraftfeld einordnet. (...) Eine große Regierungspartei (...), die imstande sein wird, die nationalen Angelegenheiten zu formulieren und diese nicht in ständigen Diskussionen, sondern durch die eigene natürliche Art zu vertreten.» Mit einem Seitenhieb verwies er auf die Rolle der liberalen Kulturelite während der «chaotischen zwei Jahrzehnte» zwischen 1990 und 2010: «Es geht nicht einfach darum, dass die Linke als Regierung heruntergekommen ist, sondern dass dieser Niedergang auch die Kultur schaffende Gemeinschaft mit ihrer sozialliberalen Werteordnung diskreditiert hat. Mag sein, dass dies allzu streng klingt. Mag sein, dass diejenigen, die sich davon betroffen fühlen, diese Behauptung für ungerecht halten, da sie der Meinung sind, trotz alledem gute Romane geschrieben zu haben. (...) Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, dass sie als Schriftsteller nicht abgewirtschaftet haben, aber als maßgebende Elite haben sie sehr wohl abgewirtschaftet.» Dieser Gedankengang deutete ohne Frage auf den Wunsch hin, parallel zur Einführung der diskursfreien «eigenen natürlichen Art» der Machtausübung einen kulturellen Elitenwechsel zu vollziehen.

Wichtiger als die rhetorische Tirade gegen die bereits zum Wahlfiasco verurteilte amtierende Regierung erscheinen die zweifache Erwähnung des Wortes «System» und der Hinweis auf die «nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahre», eine Zeitspanne, in der seit 1990 keine einzige politische Partei aus dem ehemaligen Ostblock – außerhalb der ehemaligen Sowjetunion – hatte durchregieren können. Manche der Gäste bei diesem Picknick haben vielleicht während der Rede des Parteichefs ihr zweifelndes Kopfschütteln unterdrückt. Eine Zweidrittelmehrheit – das ja, aber zwei Dekaden als Perspektive schienen unwahrscheinlich. Heute befinden wir uns bereits im zwölften Jahr der Ära Orbán, eines Systems, das mitnichten Krisenzeichen erkennen lässt und auch nicht auf nennenswerten Widerstand stößt.

Rein geographisch hat der Systemwechsel an Ungarns Status nichts verändert. Die Fläche des Landes blieb bei 93 000 km², die Bevölkerungszahl mit 9,7 Millionen (2020) tendenziell seit 1989 (10,48 Millionen) absteigend, die ethnische Zusammensetzung die gleiche: 92 Prozent magyarisches mit zwei größeren Minderheiten (Roma 5 Prozent, Deutsche 2,5 Prozent). Allerdings grenzt die ehemalige Volksrepublik an fünf neue Länder, die ihre Staatlichkeit der Auflösung von größeren multiethnischen Einheiten zu verdanken haben. Im Norden verläuft die Grenze statt zur ehemaligen ČSSR entlang der Republik Slowakei sowie an der von der UdSSR abgelösten unabhängigen Ukraine. Im Süden formierten sich anstelle des zerfallenen Jugoslawiens drei Staaten: Serbien, Kroatien und Slowenien. Die meisten der politischen Neubildungen, ebenso wie die alten Nachbarn Rumänien und Österreich, teilen mit Ungarn die EU-Mitgliedschaft. Serbien steht auf der Warteliste, die Ukraine ist lediglich möglicher Beitrittskandidat. Zwei der Nachfolgestaaten des Ostblocks, die Slowakei und Slowenien, haben den Euro als Zahlungsmittel eingeführt, Serbien und Kroatien hingegen schufen eine eigene nationale Währung.

Alle aufgelisteten Länder bildeten zu Beginn der 1990er Jahre parlamentarische Demokratien, in denen die Rivalitäten der verschiedenen Machtgruppen offen und nicht selten mit Gewalt ausgetragen wurden. Jede Rotation, jeder innere Zwiespalt in diesen Republiken tangiert Ungarns Interessen allein aufgrund der dort lebenden magyrischen Minderheiten: In Rumänien sind es 1,5 Millionen, in der Slowakei 500 000, in der Ukraine 150 000, in Serbien 300 000, in Kroatien 16 000 und in Slowenien 15 000. Diese Minoritäten gehören zur Hypothek der beiden Nachkriegsordnungen (Frieden von Trianon 1920 und Pariser Frieden 1947) mit ihren großen Gebietsverlusten für Ungarn. Aktuelle Probleme der Auslandsungarn, egal ob es um Sprachregelungen oder um Bildungsinstitutionen geht, bieten automatisch auch innenpolitischen Stoff. So werden uralte Animositäten immer wieder neu belebt und entsprechend leicht instrumentalisiert. Allerdings können einer sol-

chen Versuchung auch manche Nachbarländer nicht immer widerstehen.

Gleichzeitig hat die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit den kleinen ostmitteleuropäischen Staaten erlaubt, auch das Augenmaß zu verändern: Die Welt wurde größer. War es ihnen, Jugoslawien ausgenommen, neben ihrer politisch und ökonomisch erzwungenen Bündnistreue zur UdSSR nur bedingt möglich, mit westlichen Partnern mittels Kreditgeschäften zu kokettieren, verfügten sie nach 1990 über gänzlich andere Perspektiven. Innerhalb der freien Welt konnten sie sich auf die USA, die EU oder auf einzelne europäische Staaten orientieren. Entscheidend waren dabei wirtschaftliche Prioritäten, vor allem die Investitionsstärke Deutschlands, aber auch die Nutzung von finanziellen Quellen der Europäischen Union. Selbst regionale Bündnisse wie die Visegrád-Gruppe (V4) konnten Teilinteressen ihrer Mitgliedstaaten einen gewissen Nachdruck verleihen. Der Integrationsprozess – die Ost- und Süderweiterung – verlief unausgewogen, wobei Risse am Gebäude bis zur Weltfinanzkrise 2007 kaum sichtbar wurden. An inneren Krisen im postkommunistischen Bereich mangelte es nicht, auch frischgebackene EU-Mitgliedstaaten waren davon betroffen. Korruption und Autoritarismus gehörten fast zu den natürlichen Begleiterscheinungen der Transformation. Dennoch stellte keine der einander abwechselnden liberalen oder konservativen Regierungen die europäischen Grundwerte in Frage, und nationalistischer Populismus entfaltete sich eher am Rand des politischen Spektrums. Der Integrationserfolg der Europäischen Union wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis geehrt – leider, wie wir heute wissen, zu früh.

Spätestens seit der globalen Finanzkrise 2008/09 wurde deutlich, auf welch dünnem Eis die europäische Solidarität sich befand. Die Verschuldung des Kontinents betraf am stärksten den südlichen Raum – Portugal, Spanien, Italien und, besonders dramatisch bis hin zur Staatspleite, Griechenland. Hier zeigten sich auch am schnellsten die soziale Erosion, etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

keit, und die politischen Folgen in Gestalt des linken und rechten «Populismus» – Strömungen, in denen sich berechnete Kapitalismuskritik mit einer Überdosis Demagogie vermengte. Die gemeinsame Währung ließ in der Eurozone die tiefen Divergenzen der Einzelstaaten in Bezug auf wirtschaftliche Leistung und Wohlstandsniveau besonders sichtbar werden.

Die Europäische Union nach 2010 agierte, verglichen mit ihrer Anfangsphase vor Maastricht, in einer veränderten politischen Lage. Russlands Aufstieg, seine Expansion in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014, die amerikanische Aufkündigung des noch mit Gorbatschow ausgehandelten Atomabkommens 2019 sowie Chinas Handelskrieg mit den USA schufen eine Atmosphäre, die Assoziationen zu den Jahren des Kalten Kriegs hervorrief – insgesamt brachte der Zusammenbruch des Kommunismus nicht den erhofften Weltfrieden mit sich. Außerdem hatte Wladimir Putin einiges für die ehemaligen Sowjetrepubliken und Ostblockstaaten im Angebot. Neben Kernenergie-Kooperationen wie im Fall des südungarischen AKW Paks und nördlichen und südlichen Pipeline-Projekten bot er auch eine Orientierung, wie es anzustellen war, die EU immer mal wieder am Nasenring vorzuführen.

Eine weitaus größere Herausforderung bedeutete die sogenannte Flüchtlingskrise 2015. Anders als in den ehemaligen Ostblockstaaten, die eine Quotenregelung zur Aufnahme von Geflüchteten ablehnten, war die Migration für westliche EU-Länder eine real zu bewältigende Aufgabe – gewissermaßen die Rückkehr der zuvor ungenügend reflektierten Armutproblematik vieler Länder des Südens. Das Erscheinen der Geflüchteten vor allem in westeuropäischen Metropolen löste einen Kulturschock aus, der unabhängig von den tatsächlichen Risiken Mehrheiten gegen die Einwanderung mobilisierte. Die Tatsache, dass parallel zum Migrationsprozess auch islamistischer Terror in Europa virulent wurde, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Herkunft der Migranten inklusive ihrer Religion und Hautfarbe – IS-Anhänger und IS-Opfer

fielen dabei in der öffentlichen Wahrnehmung häufig in dieselbe Kategorie. Hierdurch generierte Kollektivängste veränderten die politischen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der etablierten Parteien. So erhielten rechtsradikale Kräfte einen deutlichen Vorsprung und führten in einigen Ländern, z. B. in Frankreich und Österreich, zur Halbierung der politischen Lager, die sich durchaus mit den Vorgängen in Polen oder Ungarn vergleichen lässt.

Der härteste Schlag – Großbritanniens Ausstieg aus der EU – hing zum Teil ebenfalls mit Migration zusammen. Allerdings handelte es sich in diesem Fall um Arbeitsmigranten aus Polen, dem Baltikum, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn, insgesamt 1,2 Millionen Zuwanderer, die sich im Inselstaat niedergelassen hatten. Sie waren keine politischen Flüchtlinge, sondern gewöhnliche Arbeitnehmer mit ihren Familien, und in manchen Berufen, etwa als Ärzte, waren sie sehr gefragt. Aus schwer erkennbarem Grund gerieten sie und andere, die mit EU-Reisepass in England arbeiteten, in den Mittelpunkt der sozialen Rivalitäten, obwohl die Arbeitslosenquote in Großbritannien eine der niedrigsten in der EU war. Auf der politischen Bühne zeigte sich die Stimmung am Wahlsieg der Tory-Partei 2015, die wiederum unter dem Druck der rechtspopulistischen Independence Party bereits 2013 ein Referendum in Aussicht gestellt hatte. Das Versprechen wurde im Juli 2016 eingelöst und den Wählern die Frage gestellt: «Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?» Bei einer Beteiligung von 72 Prozent votierte knapp mehr als die Hälfte für die zweite Variante. Darauf folgte der qualvolle Prozess der Abnabelung vom Kontinent, im politischen Jargon «Brexit» genannt. Großbritanniens Chancen und Risiken werden unterschiedlich eingeschätzt, für die EU war die Sezession eine deutliche Niederlage.

In diesem Umfeld entfaltete sich über drei Wahlperioden (ab 2010, 2014 und 2018) in Ungarn das «System der nationalen Zusammenarbeit».

Das Zweidrittelparlament

Der seit 2010 dritte Wahlsieg von Fidesz und seinem kleinen Sputnik «Christlich-demokratische Volkspartei» (KDNP) bescherte dem Bündnis im Frühjahr 2018 stolze 66 Prozent der Mandate, das heißt 133 Sitze im Plenarsaal des 1904 vollendeten, in Europa drittgrößten Parlamentsgebäudes am Donauufer. Als zweite Kraft zog die rechtspopulistische Jobbik-Partei mit 26, als dritte die postkommunistische MSZP mit zehn, als vierte die liberale Demokratische Koalition (DK) mit neun und als fünfte die ökologisch orientierte «Politik kann anders sein» (LMP) mit acht Abgeordneten ins Parlament ein. Zur Eigenart des ungarischen Wahlsystems gehört das disproportionale Verhältnis der Mandate zur Wählergunst: Viktor Orbáns Partei erhielt bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung 49,2 Prozent der Stimmen, während die anderen vier Parteien ungefähr die zweite Hälfte der aktiven Wählerschaft hinter sich wussten, dies allerdings nur mathematisch. Eine Zweidrittelmehrheit, das zum festen Begriff gewordene «Zweidrittel», garantiert seit Beginn der Ära Orbán einen bequemen Sieg der Regierungspartei bei jeder Abstimmung, inklusive der inzwischen zur Routine gewordenen Verfassungsänderungen.

Ohne Zweifel lässt diese Konstellation seit Jahren viele oppositionelle Abgeordnete resignieren: Während 2017 das Hohe Haus 208 Gesetzes- oder Beschlussanträge der Regierung und ihrer Parteien annahm, konnte die Opposition von ihren 132 Anträgen insgesamt lediglich einen einzigen durchbringen – ein Gesetz zur Verlängerung der Verjährungsfrist von Korruptionsdelikten. An-

gesichts dieses Trends sehen die Oppositionspolitiker wenig Sinn darin, ganztägige ermüdende Debatten vor ihrem Laptop auszusitzen, auf deren Ausgang sie so gut wie keinen Einfluss nehmen können. Offenbar sind aber auch manche Volksvertreter auf der Regierungsseite der ellenlangen Reden überdrüssig. Jedenfalls war die sinkende Beteiligung an den zweiwöchentlichen Plenarsitzungen schon immer ein offenes Geheimnis. Obwohl Fotojournalisten während der Sitzung nicht zugelassen sind, machen einige Abgeordnete mit ihren Smartphones manchmal aus purer Langeweile Fotos vom leeren Sitzungssaal und stellen diese auf ihre Webseiten. So stellte sich heraus, dass an einem Nachmittag Ende November 2017 der Oberste Staatsanwalt seinen Jahresbericht – eine der bedeutendsten Rechenschaftslegungen für die parlamentarische Arbeit – in Anwesenheit von zehn Deputierten vortrug, während die übrigen 189 durch Abwesenheit glänzten.

Diese tragikomische Situation erinnert verblüffend an selige Vorkriegszeiten. So schildert Zsigmond Móricz in seinem Roman «Verwandte» das Gespräch von zwei Provinzbeamten im Jahr 1930 auf ihrer Rückreise von Budapest in die Kleinstadt Zsaránok. Einer der beiden hatte im Gebäude am Donauufer etwas zu erledigen gehabt.

«Du warst im Parlament?»

«Ja, Euer Hochwohlgeboren.»

«Waren auch Abgeordnete da?»

«Ich wage es kaum zu sagen. Ich habe die Anwesenden gezählt, als der Minister sprach. Siebzehn waren es, alles in allem.»

«Ich weiß nicht genau, wie viele Abgeordnete es gibt.»

«244. Der 245ste wird jetzt neu gewählt, nachdem einer gestorben ist.»

«Dann fehlten also 227. Anwesend waren 17, abwesend 227. Und wie viele Oppositionelle waren anwesend?»

«Drei oder vier.»

«Na siehst du. Es gibt ja auch keine Opposition.»

Dabei sind Parlamentarier durch das Reglement unter Androhung von Abzügen bei ihren Diäten dazu verpflichtet, auf Sitzungen zu erscheinen, zumindest zu Abstimmungen, bei denen zur Gewährleistung der Beschlussfähigkeit mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein muss. Nichts aber wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird: Die Fraktionschefs können ihre Kollegen freistellen, wenn diese im Rahmen des Mandats Aufgaben außerhalb des Hauses nachgehen, etwa Verpflichtungen im Wahlkreis oder Tätigkeiten, die «Gemeinschaftsinteressen» dienen. Wichtig sind einzig und allein die Kampfabstimmungen. Die Analysten der in Budapest tätigen Organisation «PolicySolutions», die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Aktivität der Abgeordneten zu beobachten, fassen dies so zusammen: «Kann sein, dass während der Debatten der Sitzungssaal des Parlaments leer ist – wenn es um Stimmen geht, dann drücken die Fraktionen von Fidesz und der KDNP mit der Disziplin einer halb-militärischen Organisation auf den Alarmknopf (...). Sie lassen kaum eine Abstimmung aus.» Dennoch braucht man die Opposition, die mit ihren Gegenstimmen die gesicherte Mehrheit der Regierungsseite quasi demokratisch legitimiert. Im typischen Fall zeigt die elektronische Anzeigetafel folgendes Bild einer Abstimmung: «Für: 131 Stimmen. Gegen: 68 Stimmen». Enthaltungen oder Abwesenheiten ändern wenig am Ergebnis.

Nur in Ausnahmefällen wurde bislang Konsens erreicht: Anfang 2017 etwa nahmen 170 Abgeordnete einen Antikorruptionsantrag einstimmig an. Ein andermal waren sich 181 Parlamentarier darin einig, dass 2017 als «Gedenkjahr des heiligen Ladislaus» gefeiert werden sollte, und zwar aus Anlass des 940. Jahrestags der Inthronisierung des Ritterkönigs László I. (1077–1091), der gleichzeitig auch kroatischer und polnischer Herrscher war. Mit ähnlicher Begeisterung beschloss das Parlament die Einführung der «Tage des Sports, Parasports und Studentensports». Schließlich äußerte das Hohe Haus ungeteilte Empörung über das ukrainische Sprachengesetz von 2018, das sich gegen alle ethnischen Minoritäten,

vor allem gegen die der Russen, richtete und auch die ungarische Minderheit in Transkarpatien diskriminierte. Auch verschiedene Anträge zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten stießen auf Einhelligkeit.

Im Lichte solcher Momente zeigt sich die Funktionsunfähigkeit sowohl der Plenarsitzungen als auch der parlamentarischen Ausschüsse besonders eklatant. Obwohl die Hälfte der Ausschüsse verfassungskonform von oppositionellen Abgeordneten geleitet wird, wirkt die erdrückende Mehrheit der Regierungsparteien auch auf deren Arbeit lähmend. Besonders extremer Ausdruck der parlamentarischen Ohnmacht ist es, wenn Abgeordnete unter Protest ganzen Sitzungen nicht beiwohnen oder einzelnen Tagesordnungspunkten fernbleiben, über die sie ungern verhandeln würden. Tut dies die Regierungsfraktion, wird dadurch die Beschlussfähigkeit gefährdet, während oppositionelle Aktionen dieser Art rein symbolisch bleiben.

Als Paradebeispiel von oppositionellem Boykott bietet sich die skandalöse Verhandlung einer Modifizierung des Arbeitsgesetzbuches vom Dezember 2018 an. Unter anderem sah diese vor, die Anzahl der vom Arbeitgeber im Bedarfsfall einforderbaren Überstunden von jährlich 250 auf 400 zu erhöhen, was zunächst bei den Gewerkschaften auf Protest stieß. Die Opposition reichte mehr als zweitausend Änderungsanträge ein mit dem Wunsch, diese einzeln zu besprechen, um somit die Verabschiedung des «Sklavengesetzes» bis zum Sankt Nimmerleinstag verschieben zu können. Aber die Regierungsmehrheit ließ sich auf diesen Trick nicht ein. Daraufhin verstellten während der Plenarsitzung oppositionelle Abgeordnete dem Parlamentsvorsitzenden László Kövér den Weg zum Rednerpult, so dass dieser die Sitzung von seinem Abgeordnetensitzplatz aus leiten musste, was der Hausordnung widersprach. Die Opposition protestierte mit Pfeifen, Sirenen, Plakaten und Flugblättern, und Rufe wie «Kommunisten!», «Diktatoren!», «Nordkorea!» füllten den Saal. Mitten im Stimmenchaos und unter Tumultszenen, die an Kiew, Rom oder Tel Aviv erinnerten, drohte

der Präsident den Protestlern mit Disziplinarmaßnahmen und ordnete die Abstimmung an. Die Abgeordneten der Oppositionsparteien sangen daraufhin stehend die Nationalhymne und verweigerten das Votum. So gelang es der Regierung, das Gesetz mit 130 Ja-Stimmen der eigenen Parteien ohne Beteiligung der Opposition durchzusetzen – formal ein hundertprozentiges Ergebnis, dessen sich nicht einmal János Kádár hätte schämen müssen. Die Störungen hörten erst auf, als die Oppositionellen gemeinsam den Saal verließen. Nun konnte die Gesetzesfabrik ungestört weiterarbeiten.

Weniger spektakulär, dafür erfolgreicher verlief die Sabotage – diesmal ausgehend von den Regierungsparteien – anlässlich einer geschlossenen Sitzung des Sozialausschusses im Dezember 2019. Unter TOP 2 ging es um das Thema «Kinderzentrum von Fót». Diese Einrichtung, 40 Kilometer von der Hauptstadt entfernt und in einem schönen Park gelegen, der das Schloss der Grafenfamilie Károlyi umgibt, dient seit 1957 der Betreuung von körperlich und geistig behinderten Kindern. Im Schloss selbst wohnen in einem Flügel die aus dem Exil heimgekehrten Károlyi-Erben, außerdem befindet sich in dem Gebäude eine Waldorfschule. Die zu betreuenden Kinder sind außerhalb des Schlosses in kleinen Wohnhäusern untergebracht. Vor einigen Jahren hatte das «Ministerium für Humanressourcen» (sic!), abgekürzt EMMI, ein Auge auf das Ensemble geworfen und plante dessen Renovierung und eine Verwendung in einer nicht näher bezeichneten «neuen Funktion». Zu diesem Zweck sollten die Kinder in andere, von Fót weit entfernte Heime umziehen. Als die unabhängige Abgeordnete Bernadett Szél daraufhin die Affäre in der Sitzung des Sozialausschusses thematisieren wollte, erschienen die Vertreter von Fidesz und KDNP zum entsprechenden Tagesordnungspunkt nicht, womit das Gremium beschlussunfähig war. Bis heute ist das Schicksal des Kinderzentrums von Fót unentschieden.

Offenbar sahen die Oppositionsparteien ihr Protestpotential mit dem ersten Auszug vom Dezember 2018 bei weitem nicht als

erschöpft an, und auch die Angelegenheit mit den erzwungenen Überstunden wollten sie nicht vergessen. Im Februar 2019 entfernten sich die Abgeordneten einer nach dem anderen aus dem Plenarsaal, diesmal ohne Lärm und symbolische Gesten. Sie hatten sich zuvor verabredet und fuhren in einem Konvoi mit ungarischen und EU-Fahnen nach Esztergom in die Suzuki-Werke, um deren Verwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Der Grund hierfür lag in der Entlassung eines Arbeiters, der aus Protest gegen das neue Überstundengesetz die Gründung eines lokalen Komitees der traditionsreichen Metallergewerkschaft «Vasas» initiiert hatte. Nachdem den Abgeordneten der Zugang verwehrt worden war, kehrten sie in die Hauptstadt zurück und hielten dort eine Pressekonferenz ab. Im März suchten sie, ebenfalls nach sichtbarem Verlassen des Parlaments, die Staatliche Rentenversicherung auf, um dort die geplante Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden zu verhindern. So lobenswert die Fühlungnahme der Gewählten mit ihren Wählern auch war, so brachten solche Aktionen doch keine greifbaren Erfolge, und die Nachrichten darüber erreichten nur einen relativ engen Kreis der Sympathisanten. Dasselbe lässt sich auch in Bezug auf Performance ähnliche Szenen in der Nationalversammlung feststellen. So hatte zum Beispiel ein sichtlich aufgebrachter Abgeordneter während einer Rede Viktor Orbáns ein Schild vor sich aufgestellt mit dem Text: «Er muss lügen, weil er zu viel gestohlen hat!» Es gab noch weitere provozierende Plakate, und manche Verlautbarungen schöpften aus dem Vokabular der an Obszönitäten reichen ungarischen Sprache. Jedenfalls stand der Medienerfolg solcher Auftritte in keinem Verhältnis zu den Konsequenzen, die diese nach sich zogen.

Der gestrenge Parlamentspräsident Kövér ahndet Äußerungen, die in seinen Augen «Würde und Ansehen» des Hohen Hauses beschädigen, mit beachtlichen Bußgeldern, die direkt von den Diäten abgezogen werden. So erteilte den oben erwähnten Parlamentarier eine Geldstrafe von insgesamt acht Millionen Forint (22 000 €), während eine unabhängige Abgeordnete mit zwei Millionen und

eine andere mit einer Million Forint sanktioniert wurden. Sicherlich wäre es eine Übertreibung zu behaupten, dass die Bußgelder, mit denen gelegentliche Frechheiten geahndet werden, die Abgeordneten finanziell ruinieren. Dennoch hängt das Phänomen Geld wie ein Damoklesschwert über den Köpfen vieler oppositioneller Parlamentarier. Nicht in den Beträgen selbst liegt die Gefahr, sondern in der Möglichkeit, bei den nächsten Wahlen kein Mandat zu erhalten. Parlamentsarbeit in Ungarn wird gut dotiert. Ein Fraktionschef verdiente 2019 monatlich brutto 1 979 000 Forint, der Vorsitzende eines Ständigen Ausschusses 1 682 000, einfache Abgeordnete 998 700. Wir können uns die Umrechnung sparen, indem wir darauf hinweisen, dass diese Beträge das Mehrfache dessen ausmachen, was in Ungarn durchschnittlich brutto im Monat verdient wird: 367 000 Forint (ca. 1000 Euro). Diese Diäten werden ergänzt um Spesen, verschiedene Teilfinanzierungen und Rückerstattungen. Deshalb können verlorene Mandate leicht gleichbedeutend sein mit einer verlorenen Existenzgrundlage, und zwar nicht nur für Einzelne, sondern auch für ganze Parteien im Kontext der Parteienfinanzierung. Im Vorfeld von Wahlkämpfen geht regelmäßig das Phantom des Rechnungshofs im Parlament um. Diese Institution untersucht die Finanzen, und wer sucht, der findet in der Regel auch etwas. Manchmal sind es die angeblich zu teuer angemieteten Parteibüros in Provinzstädten, ein anderes Mal die unter Marktpreis verfertigten Wahlplakate, und das Bedrohlichste aller Ärgernisse ist die «verbotene Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung». Alle fünf Oppositionsparteien wurden Ende 2017 von diesem Phantom heimgesucht, und alle wurden von der Finanzbehörde mit Geldstrafen belegt, so dass den Wahlkassen gähnende Leere drohte. Einzig bei den Regierungsparteien stießen die Fahnder auf keinerlei Ordnungswidrigkeiten.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de